

Beschluss zum Hallenbad am Weser-Stadion

Der Beirat Östliche Vorstadt hat in seiner öffentlichen Sitzung am 12. Mai 2009 einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen:

1. Der Stadtteil und der Beirat Östliche Vorstadt freuen sich sehr darüber, dass es gelungen ist die Mittel für die dringende Sanierung des Hallenbades mit vereinten Kräften aufzubringen.
Das Hallenbad ist ein zentraler Baustein der sportlichen Infrastruktur der umliegenden Stadtteile. Es wird vom Landesschwimmverband Bremen in ehrenamtlicher Arbeit betrieben. Hier lernen unsere Schulkinder schwimmen und die Schwimmvereine betreiben hier täglich ihren Sport. Das Hallenbad ist nach über 30 Jahren Betrieb technisch veraltet und in vielerlei Hinsicht renovierungsbedürftig. Gleichzeitig ist es mit seiner gut erreichbaren und schönen Lage an der Weser im weiteren Umkreis ohne Alternative.
2. Der Beirat dankt hanseWasser für die großzügige Unterstützung des Projekts im Rahmen der Förderung von Klimaschutz und Ressourcenschonung.
3. Genauso dankt der Beirat Politik und Verwaltung, insbesondere den Sportpolitikerinnen und Sportpolitikern, für die Förderung des Projekts aus dem Konjunkturprogramm II.
4. Der Beirat und das Leitbildgremium beschließen die Bereitstellung von 150.000,--€ aus dem Werder Fonds für die bauliche und technische Erneuerung der Dämmung des Hallenbades.
5. Der Beirat dankt der Bürgerstiftung für die Unterstützung in diesem Zusammenhang.
6. Der Beirat begrüßt die mit den sportpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Koalitionsparteien und dem Sportamt getroffene Vereinbarung, dass die bisherige Förderung des Hallenbades aus Wettmitteln mindestens über 5 Jahre fortgesetzt wird und dass die Mittel aus dem Werder Fonds in diesem Zeitraum aus den Einsparungen beim Betrieb des Hallenbades vom Landesschwimmverband zurückgezahlt werden. Auf diese Weise ist gesichert, dass der Werder Fonds den Vereinen und der Pauliner Marsch auch langfristig zur Verfügung steht.
7. Der Beirat bittet die Sportdeputation um einen Beschluss im Sinne der mit den Sprecherinnen und Sprechern getroffenen Vereinbarung.

Bremen, den 12. Mai 2009